



## SEEHEIMER KREIS

### **Handlungsfähig, Entschlossen, Selbstbewusst – Für eine Stärkung unserer Sicherheitsstrukturen**

Der Seeheimer Kreis hat eine **klare Vorstellung, wie unser Land aussehen soll und wie wir es gestalten wollen**. Wir möchten in einem selbstbewussten und modernen Staat leben, der wirtschaftlichen Erfolg und sozialen Ausgleich verbindet, Offenheit und Chancengleichheit bietet, den Unabwägbarkeiten des Lebens gerecht wird und allen Menschen in diesem Land heute und morgen ein freies, sicheres und selbstbestimmtes Leben ermöglicht.

Um dieses Ideal umzusetzen, brauchen wir einen starken Staat, der sowohl Ordnung als auch Sicherheit garantiert und so Vertrauen schafft. **Ordnung und Sicherheit, nicht um ihrer selbst willen, sondern damit alle Menschen sicher und zufrieden in unserem Land leben können.**

Wir sehen uns mit immer mehr und immer vielfältigeren Herausforderungen konfrontiert, die das friedliche Zusammenleben im Allgemeinen genauso bedrohen wie die Freiheit und die Sicherheit Einzelner. In den vergangenen Jahrzehnten wurden die Ausgaben für die innere und äußere Sicherheit auf allen Ebenen mehr und mehr zurückgefahren. Ursächlich dafür ist die Friedensdividende, die sich nach dem Zusammenbruch der Staaten des Warschauer Paktes in einer gefühlt niedrigen Bedrohungslage widerspiegelt hat. Sicherheit war immer ein Kernthema der deutschen Sozialdemokratie, nichtsdestotrotz wurden auch unter Regierungen mit SPD-Beteiligung Einsparungen vorgenommen. Spätestens mit den zusätzlichen Herausforderungen durch Terroranschläge in Europa und seit Beginn der Flüchtlingskrise zeigt sich, dass dies einerseits zu einem **wachsenden Gefühl der Unsicherheit in weiten Teilen der Bevölkerung** führt und andererseits die **Handlungsfähigkeit unserer Ordnungskräfte und Behörden stark eingeschränkt** hat.

Die erschreckenden Szenen aus der Kölner Silvesternacht, die allgemeine Ausbreitung der Organisierten Kriminalität an vielen Orten unseres Landes und die wachsende Bedrohung durch politische Extremisten machen deutlich: Durch mangelnde personelle und materielle Ausstattung der Behörden und durch die oft nur rudimentär vorhandene Vernetzung der Akteure

haben wir ein **starkes Vollzugsproblem in unserem Land**. Nicht fehlende oder zu schwache Gesetze sind das Problem, sondern die teilweise unzureichende Beachtung, Anwendung und Durchsetzung der bestehenden Regelungen.

Damit sind Zustände geschildert, die nicht hinnehmbar und nicht mit unseren Vorstellungen von einem handlungsfähigen Staat in Einklang zu bringen sind. Als Bundestagsabgeordnete wollen wir nicht nur Gesetze beschließen, sondern haben auch den unbedingten Anspruch, sie für das Wohl unserer Gesellschaft durchzusetzen. **Ohne Sicherheit für alle Mitglieder unserer Gesellschaft bleibt auch moderne Politik nur Stückwerk**. Solidarität und Gerechtigkeit brauchen einen sicheren Rechtsstaat, Freiheit braucht Sicherheit für alle Menschen in unserem Land. Denn nur wenn wir Sicherheit garantieren, können wir unsere Freiheit schützen.

**Jegliche Militarisierung der Innenpolitik lehnen wir ebenso ab wie den Einsatz der Bundeswehr im Inneren über die bestehenden Aufgaben hinaus**. Umso dringlicher ist es, die einzelnen Akteure in die Lage zu versetzen, auch in Extremsituationen ihre Aufgaben im Sicherheitssystem der Bundesrepublik erfüllen zu können. Dazu zählen wir nicht nur die Sicherheitsbehörden und die Streitkräfte, sondern beispielsweise auch das Technische Hilfswerk, das als zivile Komponente des Katastrophenschutzes und der Nothilfe im In- und Ausland wertvolle Arbeit leistet.

Deshalb ist es Zeit für einen Paradigmenwechsel und für ein grundsätzliches Umdenken. Die Große Koalition hat auf Drängen der SPD bereits die ersten richtigen Schritte vollzogen: Die Aufstockung der Bundespolizei um 3.000 Stellen wurde ebenso beschlossen wie die Verstärkung des Technischen Hilfswerkes um 200 hauptamtlich Beschäftigte. Neben Beschlüssen über neues Personal müssen auch die bereits jetzt eingesetzten Kräfte entlastet und ihre Anstrengungen anerkannt und gewürdigt werden.

Auch bei der Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Nachrichtendienste haben wir wichtige Akzente gesetzt. Doch damit ist es nicht getan. **Mit weiteren deutlichen Steigerungen der Bemühungen und Investitionen auf allen Feldern in der Verantwortung des Bundes sollen unsere innere und äußere Sicherheit besser gewährleistet und erhöht sowie die Durchsetzung von Recht und Ordnung immer und überall sichergestellt werden**.

## Bundespolizei

Die Bundespolizei nimmt als Polizei des Bundes vielfältige und existenzielle Aufgaben im Sicherheitssystem unseres Landes wahr. Neben den deutlich gewachsenen grenzpolizeilichen Aufgaben stehen dabei für uns vor allem der Schutz von Bahnhöfen, besonders gefährdeter Infrastrukturen und des Luftverkehrs sowie die Durchsetzung des Aufenthalts- und Asylgesetzes im Vordergrund. Hierzu halten wir es für notwendig, Personalkürzungen der vergangenen Jahre rückgängig zu machen und den **Personalkörper deutlich über die bereits beschlossenen Stellen hinaus aufzustocken.**

Allein im Bereich der Ordnungsaufgaben der Bundespolizei sehen wir einen Bedarf von circa 11.000 Stellen. Hinzu kommt ein deutlich gestiegener Mehrbedarf an den deutschen und europäischen Grenzen und durch internationale Beobachtungs-, Ausbildungs- und Unterstützungsmissionen, welcher eine weitere Aufstockung in der Größenordnung von rund 3.000 Stellen notwendig macht. Weiterhin fordern wir den Stopp und die Rücknahme der Privatisierung von Sicherheit, insbesondere im Bereich der Luftsicherheit. Innere und äußere Sicherheit ist und bleibt – nicht zuletzt als dringendes Gebot der sozialen Gerechtigkeit – eine staatliche Aufgabe. Eine Ausweitung der Beauftragung privater Sicherheitsunternehmen, deren Einsatz letztlich das staatliche Gewaltmonopol relativiert, lehnen wir ab. Im Bereich der Luftsicherheit halten wir deshalb, auch durch die stete Zunahme des Luftverkehrs, perspektivisch einen Aufwuchs um knapp 5.000 Stellen für erforderlich. Rechnet man jetzt noch den Mehrbedarf an Ausbildungs- und Unterstützungspersonal hinzu, ist für uns ebenso notwendig wie realistisch, die **Bundespolizei in den kommenden Jahren insgesamt um circa 20.000 Stellen zu vergrößern.**

Aufgabenbereich	Bedarfsgrund	Mehrbedarf
Allgemeine Aufgaben der Bundespolizei	Ersatz für gestrichene Planstellen, Verstärkung des Streifendienstes (auch Bahn), Aufbau neuer Einsatzhundertschaften, Verstärkung Sicherheitspersonal Botschaften, Verstärkung mobiler Fahndungs-, Kontroll- und Observationskräfte, Ausbau, Ausgleich der Planstellen BFE+, Schaffung zusätzlicher Planstellen im technischen Dienst	11.000 Stellen
Zusätzliche Belastungen Grenzsicherung / Internationales	Personalersatz internationale Verbindungs-, Ausbildungs-, Unterstützungs- und Beobachtungsmissionen, Mehrbedarf Passersatz und Rückführungen, Überwachung Schengen-West, Mehrbedarf Grenzsicherung	3.000 Stellen
Sicherheit im Luftverkehr	Mehraufgaben durch Passagierzuwachs und Erweiterung FRA, MUC und BER, Luftfrachtkontrolle, Tarifpersonal Luftsicherheit für Passagier-, Gepäck- und Flughafensicherheit	5.000 Stellen
Sonstiges	Ausbildungs- und Lehrpersonal, ärztlicher Dienst	1.000 Stellen

**Zusätzlich zum Zuwachs bei der Bundespolizei ist auch im Bereich der Landespolizeien ein erheblicher Personalzuwachs erforderlich.** Hier sind die Bundesländer in der Pflicht, ihren Beitrag für Sicherheit und Ordnung in unserem Land zu leisten.

Neben der verbesserten personellen und materiellen Ausstattung muss aber vor allem auch die **Fürsorge, Anerkennung und Wertschätzung der täglichen Arbeit gegenüber unseren Polizeikräften im Mittelpunkt der Bemühungen** stehen. Uns geht es um die Weiterentwicklung und **Sicherstellung der Aus- und Weiterbildung** sowie um **aktive Maßnahmen zur Verbesserung der gesundheitlichen Prävention.**

Um auch **kurzfristig - bei Beibehaltung der jetzigen Ausbildungsdauer - die Handlungsspielräume zu erhöhen** regen wir an, Mittel für die Reaktivierung von pensionierten Polizistinnen und Polizisten zu erhöhen und diese in der Ausbildung und Fallbearbeitung einzusetzen. Gleichzeitig ist zu prüfen, ob **ausscheidende Soldaten der Bundeswehr mit geringeren Ausbildungszeiten in die Bundespolizei übernommen** werden können. Außerdem muss zeitnah geprüft werden, ob Beamte der Bundespolizei aus Verwaltungsaufgaben abgezogen und durch anderes Personal ersetzt werden können. Belastungen, die sich beispielsweise aus der Begleitung von gewalttätigen Fußballfans auf dem Weg zu Auswärtsspielen ergeben, dürfen die Bundespolizei nicht länger binden und sind auch der Bevölkerung nicht zu vermitteln – hier muss der Staat durchgreifen und Gefahren beispielsweise durch Reiseverbote für Gefährder verringern.

Als Ausdruck der **Anerkennung für die in den letzten Monaten geleistete Arbeit** wollen wir als sofort wirksame, unmittelbare Maßnahme weitere Mittel bereitstellen, um wahlfrei die **vollständige oder teilweise Auszahlung der beträchtlichen Zahl an Überstunden** zu ermöglichen, die sich in den vergangenen Monaten angesammelt haben.

## **Bundeskriminalamt**

Dem Bundeskriminalamt kommt bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, bei der Bekämpfung politisch motivierter Straftaten und beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus eine entscheidende Rolle zu. Dafür muss die Behörde entschieden gestärkt und ausgestattet werden. Insbesondere zur Stärkung der Analyse- und Auswertungsfähigkeiten, zur Verbesserung der Koordinierung, für mehr Ermittlungskapazitäten und für die Ertüchtigung

im Cyber-Raum sehen wir einen Bedarf von **400 zusätzlichen Planstellen** im Bereich des Bundeskriminalamtes.

<b>Bedarfsgrund</b>	<b>Mehrbedarf</b>
Gestiegene Gefährdung durch Organisierte Kriminalität	250 Stellen
Kampf gegen politisch motivierte Straftaten	100 Stellen
Personenschutz	50 Stellen

## **Zoll**

Zur **Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und zur Umsetzung geltenden Rechts**, besonders im Bereich der Schwarzarbeit und zur Durchsetzung des Mindestlohns, ist auch beim Zoll eine Vergrößerung des Personalbestandes vorzunehmen. Ausgehend von der gegenwärtigen Personalstärke von circa 39.000 Stellen streben wir einen **Ausbau um 6.000 Stellen** an. Das zusätzliche Personal ist vor allem zur Erfüllung der oben genannten Aufgaben einzusetzen.

<b>Bedarfsgrund</b>	<b>Mehrbedarf</b>
Gestiegene Gefährdung durch Organisierte Kriminalität und Terrorismus	2.500 Stellen
Kontrolle Mindestlohn	1.000 Stellen
Kontrolle Schwarzarbeit	1.000 Stellen
Mehrbedarf Finanzkontrolle	1.500 Stellen

## **Nachrichtendienste**

Die Struktur der Nachrichtendienste ist zu überprüfen und entsprechend der Herausforderungen anzupassen, die Aufgaben- und Tätigkeitsprofile sind zu präzisieren. Gleichzeitig ist die **parlamentarische Kontrolle zu stärken**. Jeglicher Form der Verletzung des definierten Auftrages muss wirksam und nachhaltig begegnet werden. Bei aller berechtigten Kritik muss aber die Handlungsfähigkeit der Dienste im Inland wie international gewahrt bleiben – gerade weil wir unsere Eigenständigkeit verbessern und damit die Abhängigkeit von ausländischen Diensten reduzieren wollen. Den Diensten sind die personellen und technischen Mittel zur Verfügung zu stellen, um den Bedrohungen durch staatliche und nichtstaatliche Akteure auf Augenhöhe begegnen zu können. **Es besteht ein erheblicher Modernisierungsbedarf**, der von den

verantwortlichen obersten Bundesbehörden noch zu zögerlich in Angriff genommen wird. Gleichzeitig müssen auch die Effizienzverluste innerhalb und zwischen den Diensten entschieden abgebaut werden. Schließlich muss auch die technische Aufklärung verbessert und die Kooperation zwischen den Diensten und mit den Polizeibehörden professionalisiert werden. Nur so kann es uns gelingen, ein relevanter Partner bei der Kooperation mit ausländischen Diensten zu bleiben, die zentral für den Erfolg bei der Abwehr terroristischer Gefahren ist.

## **Bundeswehr**

Wie alle Sicherheitsbehörden ist die Bundeswehr mit einer zunehmenden Komplexität der Herausforderungen und einer Zunahme der Aufgaben konfrontiert. **Die Sicherheit Deutschlands zu garantieren, ist und bleibt die Kernaufgabe unserer Armee**, was besonders durch die näher rückenden militärischen Konflikte am Rande Europas deutlich geworden ist.

Die Erfüllung der internationalen Verpflichtungen darf dabei nicht wie derzeit die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr im Ganzen in Frage stellen. Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages hat mit der Vorlage seines Jahresberichtes 2015 verdeutlicht: Die Streitkräfte arbeiten in einigen Bereich am Limit. Deshalb halten wir neben der Auffüllung der bereits bestehenden, unterbesetzten Strukturen eine **Erhöhung des Personalbestandes auf mindestens 200.000 Soldatinnen und Soldaten zuzüglich ziviler Beschäftigter** für erforderlich. Allein die Umsetzung der europäischen Arbeitszeitrichtlinie führt zu einem erheblichen Mehrbedarf, um die Ausbildung und Einsatzfähigkeit unserer Streitkräfte sicherzustellen. Mit dem zusätzlichen Personal soll vor allem das Heer in die Lage versetzt werden, **zwei vollumfänglich ausgestattete und einsatzbereite Divisionen** bereit zu stellen. Außerdem soll die durch Auslandsmissionen stark beanspruchte **Marine entlastet** werden. Bei der Beschaffung von Ausstattung ist den erheblich gestiegenen Herausforderungen und Belastungen ebenso Rechnung zu tragen wie der geforderten Aufstockung des Personalkörpers.

Die Gewinnung neuen Personals für die Streitkräfte in dieser Größenordnung wird nur mit einer **deutlichen Attraktivitätssteigerung des Soldatenberufes** gelingen, beispielsweise durch die Anhebung der unteren Besoldungsstufen auf die jeweils nächst höheren und die Aufhebung der Laufbahnbeschränkungen. Die erheblichen Leistungen von bereits aktiven Soldaten sollen durch die Flexibilisierung bei der Abgeltung von Überstunden gewürdigt werden. Gleichzeitig müssen die Soldaten durch die Auflösung des Beförderungsstaus enger an die Truppe gebunden werden.

## Justiz

Zur Behebung des Vollzugsdefizites in unserem Land braucht es nicht nur eine handlungsfähige Exekutive, sondern auch eine leistungsfähige Justiz und einen funktionierenden richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Dienst in Bund und Ländern. Auch hier ist dafür zu sorgen, dass den **Gerichten und Staatsanwaltschaften alle notwendigen personellen und materiellen Mittel zur Verfügung gestellt werden**, die sie benötigen, um kriminellen Handlungen jeglicher Form konsequent entgegenzutreten zu können.

## Fazit

Die immer zahlreicheren und komplexeren Herausforderungen, mit denen wir uns konfrontiert sehen, verdeutlichen die Dringlichkeit und Notwendigkeit unserer Vorschläge, bedrohen Sie doch unsere Demokratie ebenso wie das friedliche Zusammenleben in unserem Land und die Freiheit und Sicherheit aller hier lebenden Menschen. Durch **entschlossenes Handeln und entsprechende Investitionen** wollen wir mit den vorgeschlagenen Maßnahmen unser Rechtssystem und alle Akteure unserer inneren und äußeren **Sicherheitsarchitektur deutlich stärken**. Mit Personal allein ist es allerdings nicht getan. Insbesondere die **technische Ausstattung, Vernetzung, Koordinierung und Kooperation**, vor allem mit unseren europäischen Partnern, muss mit allen erforderlichen Mitteln vorangetrieben und maßgeblich verbessert werden.

Damit sollen unsere Behörden in die Lage versetzt werden, jeglicher Form von Kriminalität, Terrorismus und allen Bedrohungslagen konsequent entgegenzutreten zu können. Organisierter Kriminalität jeglicher Couleur darf kein Raum zur Entfaltung gelassen werden, Terrorismus - ob rechts, links oder religiös motiviert - muss bereits in seinen Ursprüngen mit aller Kraft bekämpft werden. Dabei geht es ebenso um die tatsächliche, statistisch messbare wie um die gefühlte Sicherheit. **Alle Menschen sollen sicher und zufrieden in unserem Land leben können!**